

Antrag

der Abgeordneten **Handler, Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Vesna Schuster, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Blackout-Gesamtstrategie "Bund-Land-Gemeinde-Haushalt"**

Viele Experten rechnen in den kommenden Jahren mit einem Blackout. Das Land Niederösterreich hat bereits erste Schritte zur Vorsorge gegen überregionale, längerfristige Stromausfälle und deren Folgen gesetzt, unter anderem mit der einstimmigen Annahme des Antrags der Abgeordneten Handler u.a. betreffend „Ausarbeitung von Blackout-Notfallplänen für Gemeinden und Sicherstellung der Energieversorgung für lebensnotwendige Infrastruktur“ in der Sitzung des Landtages vom 25.02.2021.

Bei der Krisenvorsorge treffen auf Bundesebene mehrere Zuständigkeiten, beispielsweise die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, zusammen. Darum ist eine gesamtstaatliche Koordinierung notwendig. Dazu gehören neben EU-weiter Blackout-Prävention und stabiler Stromversorgung auch eine umfassende, alle Gebietskörperschaften und betreffende Institutionen umfassende Krisenplanung. Der Staat alleine kann allerdings keine allumfassende Versorgungssicherheit gewähren. Das wesentlichste Element zur Vorsorge für einen Blackout ist und bleibt die Eigenvorsorge eines jeden Einzelnen. Deshalb muss die Sensibilisierung dafür oberste Priorität haben. Jeder Bürger ist dabei gefordert, die notwendige Selbstvorsorge für einen entsprechenden Zeitraum sicherzustellen. Zur Hebung des Vorsorgebewusstseins soll es verstärkt Informationskampagnen geben.

Essentiell ist die Erarbeitung einer Blackout-Gesamtstrategie im Zuge einer gesamtstaatlichen Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden. Darin enthalten sind sowohl der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur unter Berücksichtigung des momentan forcierten Umstiegs auf erneuerbare Energien, die Schaffung von mehr Bewusstsein zur Energievorsorge in der Bevölkerung sowie vorbeugende Maßnahmen

auf EU-Ebene, um die Auswirkungen von einem großflächigen Ausfall der Stromversorgung nachhaltig zu verringern.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für eine Blackout-Gesamtstrategie "Bund-Land-Gemeinde-Haushalt" aus.

2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich für eine gesamtstaatliche Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden für den Blackout-Krisenfall mit dem Ziel einer Blackout-Gesamtstrategie mit der Zusage einer bestmöglichen Mitarbeit des Landes Niederösterreich einzusetzen.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.